Bayern finanziert Unterrichtsmaterialien für 2500 Kinder und Jugendliche in Flüchtlingscamps im Nordirak / Europaministerin Dr. Beate Merk: „Wer in Bildung investiert, gibt jungen Menschen in ihrer Heimatregion eine Perspektive und senkt den Migrationsdruck auf Europa“

24. Januar 2017

Bayern unterstützt ein UNICEF-Projekt zur Versorgung mit Unterrichtsmaterialien, das 2500 Kindern und Jugendlichen im Alter von 5 bis 17 Jahren in den Flüchtlingscamps in Debaga im Nordirak (Provinz Erbil) zugutekommt. Wie Europaministerin Dr. Beate Merk berichtet, decken die Mittel von 100.000 Euro u.a. auch spezielle Trainingsmaßnahmen von Lehrern für die besonderen psychologischen Anforderungen vor Ort ab.

Ministerin Merk: „Gemeinsam mit der internationalen Staatengemeinschaft müssen wir alle Kräfte mobilisieren, um die Situation in den Flüchtlingscamps zu verbessern und Menschen eine Bleibeperspektive zumindest in der Nähe ihrer Heimat zu eröffnen. Ein entscheidender Schlüssel ist dabei der Zugang der Mädchen und Jungen zu Bildung. Ohne Chance auf Bildung riskieren wir, dass in der Region eine verlorene Generation heranwächst.“ Wegen der anhaltenden Kämpfe um die Millionenstadt und IS-Hochburg Mossul seien gerade jetzt unzählige Menschen, darunter viele Kinder und Jugendliche, auf der Flucht und müssten versorgt werden. „Wer in Bildung investiert, gibt jungen Menschen in ihrer Heimatregion eine Perspektive und senkt den Migrationsdruck auf Europa“, unterstrich Ministerin Merk.

Die Europaministerin hatte die Flüchtlingscamps in Debaga im vergangenen Juli besucht und dabei mögliche Hilfsmaßnahmen ausgelotet. Bayern hatte die Summe von 433.000 Euro für den Bau dringend benötigter Wasserleitungen zur Verfügung gestellt.

Die Staatsregierung hatte Ende Juli 2016 ein Sonderprogramm zur Schaffung von „Perspektiven für Flüchtlinge in ihren Heimatländern“ beschlossen. Damit stellt sich Bayern der Verantwortung, die Situation von Flüchtlingen und Migranten in ihrer Heimat oder deren unmittelbaren Nachbarländern zu verbessern. Mit den Mitteln im Gesamtumfang von 20 Millionen Euro (verteilt auf die Jahre 2017 und 2018) werden im Nordirak, im Libanon, in Tunesien und im Senegal Projekte gefördert, vorrangig in der Wasser- und Gesundheitsversorgung, der schulischen und beruflichen Bildung sowie spezielle Projekte für Frauen und Verwaltungsprojekte.